



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**Landesorganisation Hamburg**  
**Kreis Wandsbek**  
**Arbeitsgemeinschaft 60plus**

**Jahresbericht 2012**  
**Themen**  
**Beschlüsse**  
**Namen**



## **Funktionsträger und Aktive**

Ahrens, Elke  
Ahrens, Fred  
Baar, Wolfgang  
Bantin, Rita  
Bonn Heidi  
Böhnke, Christel  
Böhnke, Heinz Dieter  
Brück, Sigrid  
Braade, Helga  
Burmeister, Eva-Maria  
Coldeway, Jan  
Diemen, Marga  
Ewald, Klaus  
Geckler, Helga  
Hagedorn, Helga  
Hagedorn, Gerd  
Herries, Günter  
Hermann, Rainer  
Jacobsen, Monika  
Kaninck, Peter  
Knoop, Barbara  
Köntges, Wilhelm  
Köhn, Helmut  
Kunde, Christel  
Lemke, Dietrich  
Lübcke, Günter  
Mahler, Holger

Murr, Heidi  
Münster, Elke  
Niemann, Dorothea  
Päpke, Gerd  
Pingel, Annegret  
Pingel, Horst  
Rehders, Otto  
Riemann, Waltraut  
Schlichting, Klaus  
Seide, Michael  
Seidel, Dieter  
Soost, Ilse  
Stadler, Ursula  
Stapelfeldt, Werner  
Störmer, Wolfgang  
Teichert, Christiane  
Tölg, Rüdiger  
Viole, Harald  
Vogel, Manfred  
Wachsmann, Helmut  
Weckel, Ludolf  
Wendt, Helga  
Viole Harald

Günter Lübcke



Liebe Genossinnen und Genossen!

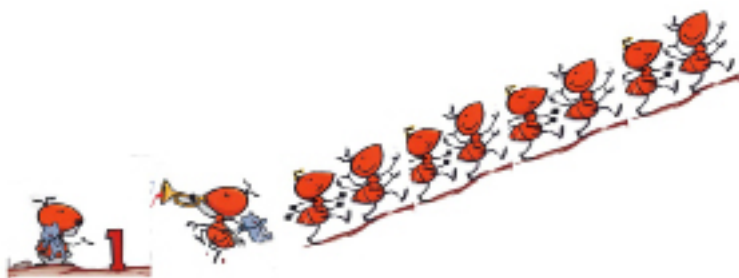
Unsere Arbeit in 2012 war wieder von viel Engagement getragen, wir haben viele wichtige und aktuelle Themen diskutiert und zu einigen Themen auch Anträge beschlossen, um sie in die Gliederungen unserer Partei zu tragen. Darunter waren Anträge zur Absicherung einer auskömmlichen Rente, zur Finanzkrise oder auch zum Thema Hafenentwicklung, insbesondere dem Problem der Hinterlandanbindung und dem drohenden Verkehrschaos. Wie immer haben wir unsere Positionen gründlich mit Experten durchdiskutiert, um sie auch fachlich belastbar zu machen.

In diesem Bericht wollen wir nicht nur darstellen, wie fleißig unsere GenossInnen waren, sondern die Inhalte kurz skizzieren, mit denen wir uns beschäftigt haben.

Ich wünsche Euch eine gute Lektüre und für das kommende Wahljahr Kraft und Geduld - ob am Infostand oder im Freundeskreis. Wir wollen mithelfen, unsere sozialdemokratischen Ziele umzusetzen.

Es grüßt Euch herzlich

Günter Lübcke



## Sozialdemokratischen Kurs bestimmen

Aydan Özogus berichtet aus Berlin

**Aydan Özogus ist seit drei Jahren Mitglied des Bundestages. In der ersten Sitzung der AG-60plus des Jahres 2012 war Aydan zu Gast bei den Wandsbeker Senioren. Hier stand sie Rede und Antwort und berichtete über die Arbeit in der Bundstagsfraktion auch über Hintergründe, wie man sie in keiner der Boulevard-Zeitungen liest. Zu dem Zeitpunkt im Januar war noch nicht klar, wer als Kanzlerkandidat gegen Angela Merkel antreten würde, und insofern waren Details zur Arbeit von Frank Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel für die Genossen hochinteressant.**

Nur so viel: Frank Walter mache als Fraktionsvorsitzender einen sehr guten Job, er habe die Fraktion nach der Wahlniederlage zusammengehalten. Wir hätten nun (im Januar) eine interessante Situation dadurch, als dass die Partei drei hoch qualifizierte Kandidaten für die nächste Kanzlerschaft ins Rennen schicken könne. Falsch sei die Behauptung des Hamburger Abendblatts, sie - die SPD - habe zusätzlich zu den drei potenziellen Kandidaten auch noch Hannelore Kraft als Kanzlerkandidatin ins Gespräch gebracht. So sei Aydans Bemerkung im Hamburger Abendblatt, dem sie ein Interview gegeben hatte, ausgelegt worden. Aydan habe lediglich Hannelore Kraft als qualifizierte Politikerin genannt. Wie das so sei, die Medien versuchten nach der Wulff-Affaire, auch bei der SPD wieder einen Konflikt zu inszenieren.

Das Thema Rente, das u.a. Themen auf dem letzten Bundesparteitag behandelt worden war, konnte bei 60plus natürlich nicht ausgespart werden, zumal sich der Kreis Wandsbek auf einer Kreisdelegiertenversammlung gegen den Widerstand von 60plus für eine obligatorische Riester-Rente ausgesprochen hatte. Aydan versuchte die Bedeutung des Themas zu relativieren, schließlich beträfen die anstehenden Rentenbeschlüsse die Anwesenden eigentlich gar nicht. Es beträfe die Rente der Rentner von morgen. Die Lösung der strittigen Rentenfrage auf dem Bundesparteitag sei ohnehin noch einmal in eine Arbeitsgruppe zurückver-



Aydan Özogus

wiesen worden. Der entscheidende Punkt dabei sei, dass man nicht wisse, wie die Aufgaben zu finanzieren seien. Es solle noch innerhalb dieses Jahres ein „Kongress“ stattfinden, der dann endgültig beschließen werde. Inhaltlich ist das in 2012 auch so eingetroffen. Der 2. Parteikonvent in 2012 konnte schließlich einen einstimmigen Beschluss zur Rente fassen. Einzelheiten dazu siehe „Oktober-Seite“.

Aydan skizzierte in dieser Sitzung das breite Spektrum ihres Aufgabenbereichs. Da kamen ihre Erfahrungen als Migrantin, die sich in der Öffentlichkeit bewegt, zur Sprache, die Problematik eines möglichen NPD-Verbots, notwendige Reaktionen auf Brandanschläge, wie gerade in Berlin passiert, und schließlich das Thema Internet, insbesondere die Frage von Netzsperrungen oder das Löschen von kinderpornografischen Seiten. Gegen

die Sperren habe es 13.000 Petitionen gegeben. Das BKA habe immer behauptet, man könne solche Seiten nicht löschen. Beim 2. Anlauf sei es dann aber doch gelungen.

Aydan streifte weiter etliche Themen von der Ausstattung der Schulen mit Laptops über das Auftauchen der „Piraten“ auf der politischen Bühne, bis hin zu Peter Altmeiers Flirt mit den Grünen über Facebook, Tweed und häufige Einladungen zum Essen in privater Atmosphäre. Auch Fehler gemacht zu haben, räumte Aydan ein. Als Beispiel nannte sie ein Interview am Rande des Bundestags zum EFSF. Im nächsten Wahlkampf werde der Bereich „Soziales“ eine große Rolle spielen. Auf der Agenda müsste stehen: Jeder Jugendliche bekommt einen Ausbildungsplatz!

Das Thema „Soziale Stadt“, erklärte Aydan, werde uns noch sehr umtreiben, da die Sparpolitik zu deutlichen Verschlechterungen der Lebenssituation vieler Bürger führen werde.

In der Diskussion mit Aydan ging es unter vielen anderen Punkten um den Internetauftritt unserer Partei, um die notwendige Stärkung der Einrichtungen des 2. Bildungsweges insbesondere der Volkshochschulen sowie die Wirkungen der Hartz-IV-Gesetze. Mit den Hartz IV-Reformen sei eine Arbeitnehmerschicht 3. Klasse eingeführt worden; es dürfe nicht sein, dass jemand nach 40 Jahren Arbeit zum Hartz-IV-Empfänger werde.

Am Ende verabschiedeten die Senioren ihre Abgeordnete mit Applaus.

## Regelungen und Grenzen der Finanzmärkte

**Seit Ausbruch der Bankenkrise 2008 beschäftigt sich die AG-60plus regelmäßig mit den Finanzmärkten. In der Februar-Sitzung ist Matthias Petersen zu Gast. Er wollte im Wesentlichen von der Hamburger Situation ausgehen und gab dazu einige Daten:**



Matthias Petersen

2007 hatte Hamburg eine Verschuldungsrate von 58 %; heute seien es 80%. Die Europäische Zentralbank habe in großem Umfang griechische Anleihen aufgekauft, und wenn Griechenland in die Insolvenz gehen müsste, würde das die EZB und darüber auch uns treffen. Wir seien in erheblichem Umfang abhängig von der Entwicklung in Griechenland. Es gebe Vorstellungen, dass Griechenland bis zur 2. Jahreshälfte noch zu halten sei, wenn bis dahin keine Lösung gefunden werde, sei die Insolvenz nicht mehr zu verhindern.

Matthias erläuterte dann die Schuldenbremse. Was bedeutet das? Bis 2020 müssten Einnahmen und Ausgaben im Haushalt ausgeglichen sein. Z.Zt. hätten wir etwa 11,5 Milliarden Einnahmen, bis 2020 wahrscheinlich 13,5 Milliarden. Die Schulden Hamburgs bestünden in 28 Milliarden Barschulden, bis 2020 wahrscheinlich 30 Milliarden. Dafür zahlen wir etwa 1 Milliarde Zinsen. Z.Zt. zu einem Zinssatz von 1,5 %. Hinzu kommen

weitere Schulden, d.h. Schlaglöcher, Schulen, Grunderneuerung etc. in Höhe von insgesamt 4,7 Milliarden Euro; ebenso seien hinzuzurechnen die Sicherungen bei HSH-Nordbank u.a. (10 Milliarden), von denen 7 wahrscheinlich fällig werden. Das seien insgesamt also 57 Milliarden Euro. Ein weiterer Faktor seien Verpflichtungen in Sachen Beihilfe und Pensionen mit insgesamt 4,5 Milliarden. Der Rechnungshof rechne mit 2,5 % Lohnsteigerungen, das hieße: weitere 5,5 Milliarden kämen auf die Stadt zu. Gesetzliche Leistungen – Hilfen zu Erziehung etc. lägen bei 2,5 Milliarden. Es gebe die politische Vorgabe, **der Haushalt solle nicht mehr als 1 Prozent pro Jahr ansteigen**. Die Steigerungen in den aufgezählten Bereichen aber lägen bei mindestens dem Doppelten.

**Fazit: Um die finanzpolitischen Ziele zu erreichen, müssten wir im nächsten Jahr die Bundestagswahlen gewinnen, um dann die Einnahmeseite des Haushalts zu stärken.**

Dazu gehöre die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer**. Diese sei vor Jahren durch Bundesverfassungsgericht ausgesetzt (nicht abgeschafft) worden, weil Grundvermögen und Kapitaleinkünfte nicht unterschiedlich bewertet werden dürften. Wäre das damals nicht passiert, hätten wir heute jährlich 200 Mio. mehr im Haushalt. Heute wären es wahrscheinlich 300 Mio. Vermögenssteuer. Das reiche natürlich nicht, um die genannten Probleme zu lösen; dazu bräuchten wir noch ein paar Schritte mehr. Das Schlimmste, was uns passiert ist, sei, dass wir selbst beschlossen haben, dass die Pendler an ihrem Wohnort

Steuern zahlen. Die trügen jährlich etwa 2 Milliarden Euro ins Umland.

Ein weiteres Problem bei diesem Szenario sei, dass mit der Finanzierung der Ausgaben noch kein Cent getilgt sei. Im Übrigen trügen wir schwer an einigen Altlasten. So beliefen sich die Kosten für die Elbphilharmonie allmählich auf fast 400 Mio. Euro, incl. Zinsen lägen wir bei fast einer Milliarde Euro. Hamburg bezahle bereits jetzt jährlich 3,6 Mio. Euro für die Intendanz. Dabei seien noch nicht einmal die verkehrlichen Probleme gelöst; u.U. müsse noch einmal eine Brücke gebaut werden. Kurz und gut:

Z.Zt. liefen schon Verhandlungen über den Haushalt 13/14. Dabei sollten 250 Stellen abgebaut werden; der Rechnungshof fordere den Abbau von 900 Stellen.

Matthias kam zurück auf die Eurokrise und bewertete das Vorgehen der Troika in Griechenland: **„In Griechenland würgt man die Wirtschaft ab, und wir wundern uns, dass die Griechen ihre Schulden nicht bezahlen können.“**

In der auf Matthias Referat anschließenden Diskussion ging es noch einmal um die Schuldenbremse. Notwendige Investitionen würden dadurch u.U. verhindert, die Konjunktur ausgebremst. Gefragt wird auch nach der Ausgabe von **Eurobonds, nach der Beteiligung der Deutschen Bank an der „Rettung“ Griechenlands sowie der Notwendigkeit der Ausbildung von Betriebsprüfern, um so das Problem der Steuerflucht zu reduzieren.**

Am Ende wird die Arbeit von Matthias gewürdigt. Matthias wird mit großem Applaus verabschiedet.

## Hängt Hamburgs wirtschaftliche Zukunft (nur) am Hafen?

**Wolfgang Rose, Bezirksleiter von Verdi, zu Gast bei 60plus im März meinte zur Überschrift des Themas: Ja, die Zukunft Hamburgs hänge wesentlich am Hafen. Zu den Details: Leider läge der angekündigte Hafenentwicklungsplan (im März) noch nicht vor. Der alte Senat wäre damit wohl überfordert gewesen. Der von der jetzigen Regierung in Arbeit befindliche Hafenentwicklungsplan entstünde in einem breiten Beteiligungsverfahren, mithin werde das Papier eine andere Qualität haben als der vorherige Entwurf.**

Es ginge im Kern – meint Wolfgang – um die Kapazitätsentwicklung, die Flächenstrategie und die Entwicklung der Wachstumspotenziale. Dabei müssten die Hinterlandverkehre vernünftig angeschlossen werden. Zur aktuellen Situation in Zahlen: Die Zahl der Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt vom Hafen abhängen, läge zwischen 125 – 165000. Die vom Hafen abhängige Wertschöpfung lag bei 10 Mrd. Euro, d.h. bei ca. 12,5%. Das aus dem Hafen kommende Steueraufkommen läge bei 8 %. Das sind etwa 700 Mio. Euro. Schlussfolgerung: Der Hafen nimmt eine herausragende Stellung ein. Die Vernetzung zwischen den Branchen sei das Wesentliche. Wegen diesem Mix seien wir relativ gut über die Weltwirtschaftskrise gekommen. Die Frage, wie der Hafen aufgestellt ist, beantworte sich u.a. dadurch, ob wir die Kitaplätze bezahlen können. In Hamburg – berichtet Wolfgang – leben 43 der 500 reichsten Menschen in Deutschland mit einem Gesamtvermögen von 50 Milliarden Euro (Otto, Kühne, Schnabel, Bauer). Da stelle sich die Frage, ob die Vermögenssteuer nicht wieder in Kraft treten sollte. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die zur Aussetzung der Vermögenssteuer führte, richtete sich gegen die Ungleichbehandlung von Grundvermögen und Kapitaleinkommen, nicht gegen eine solche Steuer prinzipiell. 1% Vermögenssteuer wären 500 Mio. für den Hamburger Haushalt. Das strukturelle Defizit Hamburgs von 1 Mrd. Euro würde damit schon zur Hälfte aufgefangen.

Für die Zukunft stellten sich zwei Fragen: Brauchen wir die Elbvertiefung, und sollte sich Hamburg an Hapag-Lloyd beteiligen. Zu Hapag-Lloyd: Hapag-Lloyd ist die viertgrößte Reederei der Welt und kommt zusammen mit 6 Reedereien (den G 6) auf ein Umschlagsvolumen von 70 % Umschlags im Hamburger Hafens. Wolfgang meint, nicht die Kunden bestimmten die Zielhäfen. In Wirklichkeit sei es so, dass die Reedereien bei bis zu 90 % der Verträge von den Reedereien darüber entscheiden. Zurzeit sei die vertragliche Situation bei Hapag Lloyd so, dass man bis Ende März entscheiden müsse, ob man sich einschaltet, weil TUI dann ihre Anteile auf den Markt werfe.

Zur Elbvertiefung: Die Hoffnung, man könne bei Verzicht auf eine Elbvertiefung Teile der Ladungen der Jumbo-Schiffe auf Feeder-schiffe verladen, ginge nicht auf: Die Verträge zwischen Spediteuren und Reedern würden in der Regel pauschal geschlossen, d.h. Gesamtverträge würden gemacht, und Reedereien müssten sich dann die günstigsten Routen suchen. Das sehe die GAL anders, aber sie irre sich an diesem Punkt. Zu bedenken sei noch, dass der Energieverbrauch der sehr großen Schiffe proportional geringer sei als bei den kleinen. Das seien die umweltfreundlichsten Verkehrsträger. Ein 12.000 TEU-Schiff benötige ca. 40% weniger Treibstoff pro Transporteinheit als ein 5000 TEU-Schiff.

Diskutiert wurden schließlich die „Denkanstöße“ der AG 60plus zur Hafenentwicklung. Ein kurzer Auszug daraus siehe Kasten rechts.

### Denkanstöße zur Hafenentwicklung der AG 60plus Wandsbek

„In der öffentlichen Debatte über die Entwicklung des Hamburger Hafens steht die Forderung nach einer Vertiefung der Fahrrinne der Elbe zurzeit im Vordergrund. Probleme der Container-Verkehre auf Straße, Schiene und den Binnengewässern haben dabei nur einen untergeordneten Stellenwert. Die Forderung nach einer Vertiefung der Elbe wird mit sehr hohen Wachstumsraten im Containerverkehr, der notwendigen Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafens gegenüber dem Großhafen Rotterdam und dem Gebot größerer Wirtschaftlichkeit durch größere Schiffseinheiten begründet. Dazu stellt die AG 60plus Wandsbek fest:

- Die Prognosen über das Wachstum des Containerumschlags sind zu hinterfragen (s. Ziff. 1).
- Unterstellt, die Prognosen über das Containeraufkommen im Hamburger Hafen träfen zu, brächen die landseitigen Verkehre zusammen.
- Unabhängig von der Richtigkeit der langfristigen Umschlagsprognosen ist in jedem Falle erkennbar, dass das Schienennetz massiv auszubauen ist.
- Angeregt wird eine Analyse der in den Containern transportierten Warenarten und -ströme, mit dem Ziel - dort wo möglich - eine Veredelung von Waren auf Hamburger Hafenflächen vorzunehmen.
- Der Vorschlag der Handelskammer, die Einrichtung eines zentralen Binnenschiffs- und/oder Feederterminals zu prüfen, wird unterstützt...

## Wie lässt sich ein Verkehrschaos im Hafen noch verhindern?

Nachdem sich die AG-60plus mehrfach mit dem Thema Hafenentwicklung befasst hatte, wollte sie ihre in ihren „Denkanstößen“ gemachten Anregungen mit Experten auf ihre Belastbarkeit überprüfen. Einer der bestinformiertesten Experten besuchte die Senioren im April: Heinz Brandt, Arbeitsdirektor der HHLA.



Heinz Brandt

Heinz Brandt kennt sich aus: Er ist Jurist, kam über die Entwicklung des EURO-Gate nach Hamburg und ist seit 2009 stellvertretender Vorsitzender des HHLA-Vorstands.

Für Heinz Brandt ist die Elbvertiefung von zentraler Bedeutung. Der Trend zu immer größeren Schiffeinheiten halte an; auch die 16.000 TEU-Schiffe würden kommen. Deshalb sei die Elbvertiefung absolut notwendig, allerdings sei zukünftig nicht der Tiefgang der Schiffe entscheidend, sondern ihre Breite. Die Wachstumsprognosen täuschten darüber hinweg, dass die Frachtraten in den letzten Jahren gesunken seien, die Reederei Maersk habe deshalb eine Milliarde an Verlusten eingefahren.

Im Zusammenhang mit der Elbvertiefung nimmt Heinz Brandt Bezug auf die Interessen der niedersächsischen Obstbauern (Versalzung, Abstände, Strategien etc.). Gefundene Kompromisse seien o.k. Dabei stelle sich die Frage nicht, ob nach der jetzt strittigen Elbvertiefung die Forderung nach einer 10. Vertiefung kommen würde; die derzeit diskutierte werde wohl reichen. Die Probleme des Hafens lägen ohnehin eher im Bereich der Abfertigung und der anschließenden Verkehre. Im Übrigen meint

Heinz Brandt, die „Reeder drängeln sich nicht, nach Wilhelmshaven zu fahren. Um den Hafen an den Markt zu bringen, habe Niedersachsen die Hafengebühren für die nächsten 7 Jahre reduziert.“ Allerdings: „Wir haben keine Angst vor der Konkurrenz in Wilhelmshaven.“ Wir lägen so weit im Landesinneren, dass uns daraus ein Vorteil erwächst. Wir sind 180 km näher an Prag als Rotterdam. Zu beachten sei allerdings, dass Russland, aufgrund seines Wachstums z.Zt. gleich drei neue Terminals baue. Wenn Maersk sage, wir laufen Hamburg u.U. auch nicht mehr an, sondern fahren direkt über die Ostsee nach Petersburg, sei das ein Problem.

Zentraler Punkt der Diskussion in der Veranstaltung blieb die Frage der Bewältigung der Verkehre. Wenn wir weiter vom prognostizierten Wachstum des Containerumschlags ausgingen, womöglich von den Prognosen der Verdreifachung bis 2025, und davon dass das Verhältnis Bahn, Straße, Binnenschifffahrt bei der Zu- und Ablieferung unverändert bleibt, und davon, dass sich Schienenstrecken in den nächsten Jahren nicht nennenswert vermehren lassen, dann brauche es eine Ertüchtigung von Schiene und Straße. Heinz erwähnt beispielsweise **nachts mehr Güterverkehr**, den Güterverkehr auf der Schiene zu priorisieren gegenüber dem Personenverkehr, ggf. **Aufhebung des Sonntagsfahrverbots für LKWs**. Im Übrigen brauche es, um zur Entlastung zu kommen, Endterminals, nicht die HUBBS.

Da wird den Genossen schon schwindelig, und so wird noch einmal die Hafenquerspange ins Gespräch gebracht. Der Präsident des Unternehmerverbandes habe als Alternative zur Südtrasse, die sich in der Diskussion endlich durchgesetzt hatte, erneut die Nordtrasse vorgeschlagen. Gleichviel, meint Heinz Brandt, müsse der Ausbau des Straßennetzes schnell kommen, die Finanzierung müsse gesichert sein und die Akzeptanz in der Bevölkerung hergestellt werden. Voraussetzung sei die Klärung hier vor Ort, ob und wie es weitergeht mit der Hafenquerspange. Obwohl die Mittel des Verkehrshaushalts des Bundes inzwischen so knapp sind, dass sie vorrangig zur Be-



ZU TIEF, ZU ZULANG, ZU BREIT

standserhaltung eingesetzt werden müssen, könne von einer Finanzierung der Hafenquerspange ausgegangen werden, wenn man sich vor Ort über ihre Trassierung einig sei.

Fazit der Veranstaltung: Auch Heinz Brandt kann die geäußerten Bedenken zum drohenden Verkehrsinfarkt bei Realisierung der prognostizierten Wachstumsraten im Containerverkehr (Verdreifachung bis 2025) nicht entkräften.

## Wenn die Rente nicht für die Miete reicht

**Jahreshauptversammlungen mit vielen Wahlgängen für die verschiedenen Funktionen in der Partei sind immer dann leicht langweilig, wenn es keine Kampfkandidaturen gibt. Das ist bei 60plus in Wandsbek seit längerer Zeit der Fall. Deshalb hatte sich der Vorstand bei der diesjährigen Hauptversammlung vorgenommen, auch ein inhaltliches Thema zu bearbeiten.**

Als Referentin war Gabriele Wegener vom DGB eingeladen. Das übergreifende politische Thema, so Gabriele Wegener, hieße „Altersarmut“, die nun auch in den Mittelschichten der Gesellschaft angekommen sei. Gabriele nahm Bezug auf den gerade veröffentlichten ersten Referentenentwurf aus dem Hause v.d. Leyen und skizzierte die Rentenentwicklung seit ihrer ersten Einführung. In den siebziger Jahren zielte die Rente noch auf Armutsfestigkeit. Das Rentenniveau sollte sich

zu einem Paradigmenwechsel geführt. Die Lohnnebenkosten sollten gesenkt werden, Beiträge waren offenbar wichtiger als die Rentenhöhe. Die These lautete: die steigenden Lohnnebenkosten seien Ursache für Arbeitslosigkeit. Unter rot/grün wurde aus der einen Renten-Säule nun nur eine von dreien. Die freiwilligen Säulen waren die betriebliche Sicherung und die Riester-Rente. Parallel lief die Erwartung, dass das Rentenniveau gesenkt würde. Mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters

1500,00 haben. Man müsse schließlich das Geld für die Privatversicherung übrig haben. Im Übrigen sei diskutiert worden, ob man die Riesterversicherungen nicht obligatorisch machen sollte. Woher die Arbeitnehmer dafür das Geld haben sollen, bleibe allerdings offen. Es werde schwer, das zu kompensieren, was 2001 durch Rot/Grün angerichtet wurde. Wäre man bei der ursprünglichen Position geblieben, wären die Rentner zukünftig besser dran gewesen.



DER VORSTAND DER AG-60PLUS: NICHT IMMER TIERISCH ERNST!

deutlich abheben vom Sozialhilfeniveau. Das habe bis etwa 2000 funktioniert. Voraussetzung war natürlich, dass man 45 Jahre erwerbstätig war. Heute sei das immer seltener möglich. Insbesondere bei Frauen werde das Ziel sehr häufig nicht erreicht. Ende 2008 lag die durchschnittliche Altersrente noch bei 723 Euro, bei Frauen natürlich weniger. Die Grundsicherung lag bei 660,00 Euro. Die Diskussion Ende der 90er habe

kamen weitere Faktoren dazu, die zu einer Senkung der Rente führten. Das werde dazu führen, dass die Rente nur noch bei 32 Prozent des letzten Einkommens liegen werde. Jetzt sollen die Beiträge noch einmal weiter abgesenkt werden. Der Anspruch auf Rente werde sich also immer weiter reduzieren. Die private Zusatzversicherung können sich natürlich nur diejenigen leisten, die mindestens ein Einkommen über

Weitere Punkte der Ausführungen von Gabriele Wegener waren die „Erwerbsminderungsrente“, die Erwerbstätigenversicherung, die so genannte „Kombi-Rente“, die Hartz IV Problematik, die Einbeziehung von Kapitaleinkommen in die Rentenkassen, die Problematik einer obligatorischen Riesterrente sowie die Forderung nach einer allgemeinen Bürgerversicherung.

## Steuern wir blindlings in die Altersarmut?

**Auch im Mai konnte die AG-60plus einen ausgewiesenen Experten der Sozialpolitik begrüßen. Es referierte Klaus Wicher vom Sozialverband Deutschland (SoVD). Der Verband ist die `Fortsetzung` des „Reichsbunds“ und hat in Hamburg 18.000 Mitglieder. Bundesweit sind es 540.000 Mitglieder. Als zentrale Aufgabe sieht Der SoVD die politische Interessenvertretung im sozialen Bereich. Der SoVD gibt zu Gesetzentwürfen oder anderen sozialpolitischen Vorhaben der Regierungen Stellungnahmen/Expertisen ab, leistet kulturelle Arbeit und berät einzelne Mitglieder. Diese Sozialberatung nehmen Fachanwälte wahr.**

Zunächst nahm Klaus Wicher Bezug auf die zur Zeit heftig geführte Rentendebatte: Die Rente sei die große sozialpolitische Leistung nach dem 1. Weltkrieg gewesen. Die Umlagefinanzierung hätten wir seit 1957. Das Ziel damals war: die Rente sollte den Lebensstandard im Alter sichern. 2001 und 2004 habe es zwei große Rentenreformen gegeben. Dabei sei – fälschlicherweise – immer auf die demografische Entwicklung verwiesen worden. Eine dieser Reformen bestand in der Einführung der drei Säulen:

- Die gesetzliche Rente, also die umlagefinanzierte Rente,
- die private Rente (Riester)
- und die Säule der Betriebsrenten.

Alle 3 Säulen zusammen sollten nun den Lebensstandard sichern. Die 2. Reform bestand in der Veränderung der Rentenformel. Die Änderungen der Rentenformel führten alle – das habe die Erfahrung gezeigt – zu Reduzierungen der Rente. Der Nachhaltigkeitsfaktor z.B. basiere darauf, dass das Ungleichgewicht zwischen Jüngeren und Älteren ausgeglichen wird. Der Riester-Faktor (er belastet die Rentenkasse jährlich mit 4 Milliarden Euro) und der Rück(Nach)holfaktor diene der Finanzierung dieser Maßnahme. Olaf Scholz habe an dieser Maßnahme leider maßgeblich mitgewirkt.

Klaus Wicher erläutert die Position des SoVD „zum Wertverfall der Renten“. Unter Berücksichtigung der Inflation habe es einen Kaufkraftverlust von 10 Prozent gegeben. Dabei würden Kleinverdiener besonders hart getroffen, denn sie geben relativ viel für Mieten, Ener-

giekosten und Nahrungsmittel aus. Diese Faktoren seien preislich stärker gestiegen als der Warenkorb. Fazit: Wir marschieren in die Alters-



Klaus Wicher, SoVD

armut: a) durch Absenken des Nettolohns b) durch prekäre Beschäftigung, c) durch Arbeitslosigkeit; (Hartz IV trifft 6 Mio. Menschen) und d) durch die Kürzungen der Unterstützung Erwerbsgeminderter Menschen und schließlich e) die Rente mit 67. Die Rente mit 67 sei ein Armutsbeschleunigungsfaktor. Er liege um ca. 7,2 Prozent Kürzung.

Bei Bestandsrentnern liege das Niveau heute etwas über den Renten der Erwerbsgeminderten Menschen. Das Rentenniveau wurde gesenkt von 53 % auf 43 % der Einkommen aus Arbeit. Klaus fragte sich, was man machen könne.

a) Mindestlohn einführen mit mehr als 8,50 (bei 9 Euro hätte man am Schluss eine auskömmliche Rente.

b) Rente nach Mindesteinkommen (fiktives Einkommen, d.h. 75% des Durchschnittseinkommens, (das gab es bis 2001; Riester habe

das abgeschafft.)

c) Rentenabsicherung für Arbeitslose mit 50% des Durchschnittsverdiensts. Dabei wäre darauf hinzuweisen, dass die Riester-Rente auf die Grundsicherung angerechnet würde, d.h. für viele könne die jahrelange Einzahlung schlicht zum Totalverlust führen.

Klaus Wicher nahm schließlich noch Stellung zu den Vorschlägen von Frau v. d. Leyen: 850 Euro pauschal sollten nach ihrem Konzept ausgezahlt werden, allerdings nur unter der Voraussetzung von 45 Beschäftigungsjahren, wovon 35 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt und 5 Jahre geriestert worden sein müsse. Prognosen besagten: 2020 werden etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Das dürften wir nicht einfach so hinnehmen: Wir müssten – so der Referent – in der Partei Druck machen.

In die Diskussion einbezogen wurden schließlich noch das Betreuungsgeld, die Bürgerversicherung, die Ungleichverteilung der Geldvermögen in der BRD, die Steuergesetzgebung (wir selbst hätten den Spitzensteuersatz von 53 auf 43 % gesenkt); die Probleme, die mit einer Beendigung der Riester-Renten-Förderungen gegeben sein könnten, die Produktivitätsentwicklung, die bei den Hochrechnungen der Alterspyramiden grundsätzlich ausgespart würde.

Die Versammlung bei 60plus im Mai war sich einig, dass die SPD ihre Rentenbeschlüsse aktualisieren müsse, um das Problem der Altersarmut zu entschärfen.

## Hafenentwicklung und Hinterlandverkehr

**Ole Buschhüter ist Bürgerschaftsabgeordneter und Mitglied im Verkehrsausschuss. Grund genug ihn einzuladen und zu den drohenden Verkehrsproblemen zu befragen, die eintreten dürften, wenn die Prognosen zum Wachstum des Containerumschlags auch nur annähernd zutreffen sollten. Die Vorhersagen belaufen sich auf eine Verdreifachung des Wachstums im Containerverkehr bis 2025 aus.**

Die von der AG-60plus eingesetzte Arbeitsgruppe Hafen hatte ihre Befürchtung eines Verkehrschaos in dem Papier „Denkanstöße“ in die Partei getragen. Ole hatte darauf eine plausible, wenn auch unbefriedigende Antwort: „Wir brauchen den Stau auf den Straßen nicht zu fürchten, weil die Schiffe nicht mehr kommen werden, wenn der Landverkehr nicht mehr funktioniert.“

Schon nach diesem ersten Einstieg in das Thema wurde eingewandt, man müsse den Stau dennoch fürchten, denn bevor die Schiffe wegen eines zu großen Verkehrsaufkommens auf den Straßen insgesamt andere Häfen anlaufen, werde auch der Personenverkehr auf den Straßen durch die Dauerstaus in unerträglicher Weise gelitten haben.

Ole berichtete dann über verschiedene Ausbauvorhaben insbesondere in Richtung Uelzen und weiter nach Süden und Osten, über ein Überwerfungsbauwerk in Wilhelmsburg, Maßnahmen auf der Strecke Hamburg-Berlin, die Verkürzung des eingleisigen Abschnitts im Hamburger Stadtgebiet, die geplante Fehmarn-Belt-Querung und die S 4. Diese Maßnahmen dienten natürlich auch dem Güterverkehr. Ole meinte, wir sollten uns vorstellen, dass man mit vielen kleinen Maßnahmen viel erreichen könne, und wir sollten uns nicht zu sehr auf die großen Maßnahmen fokussieren wie etwas die Y-Trasse. Es gäbe viele Varianten, die noch längst nicht ausgeschöpft seien.

In der Veranstaltung im August wurde nicht nur technisch, sondern auch grundsätzlich argumentiert. Eine Genosse meinte, wenn man sich die „Verrücktheiten des

Verkehrs ansehe, was da alles hin und her gefahren werde, könne man verzweifeln.“ Die Frage stelle sich doch, ob es nicht Perspektiven gäbe, die mit geringeren Wachstumsraten auskämen. Ole erinnert in diesem Zusammenhang an unser Ziel, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, d.h. Investitionen in die Schiene



Ole Thorben Buschhüter

seien unter allen Voraussetzungen sinnvoll. Möglicherweise löse sich das Problem allerdings von selbst, insbesondere wenn die Preise des Transports der Waren stiegen.

Gestreift wurde in der Debatte die Rolle des Staates und in diesem Zusammenhang die Frage der Einführung einer City-Maut. Der Referent allerdings äußerte dazu die Vermutung, dass zur Zeit eine Reduzierung des Verkehrs nicht beabsichtigt sei. Das gleiche gelte für die Fragen einer Politik, die fast ausschließlich auf Wachstum zur Lösung fast aller Probleme setze. Nach 1972 hätten wir allerdings eigentlich kritischer geworden sein müssen. Ein Genosse ergänzte: Ja, wir müssten die Wachstumsdiskussion führen. Und konkret: Schon

bei einer Verdoppelung des Containerverkehrs hätten wir an zwei Brücken, der Köhlbrandbrücke und der Kathwyk-Brücke das entscheidende Problem. Er wollte wissen, wie weit die Pläne, die beiden Brücken zu erneuern, gediehen seien. Ole informierte, zur Köhlbrandbrücke mache sich die Stadt offenbar Gedanken. Die Katwykbrücke werde jedenfalls neu gebaut.

Ein Sprecher der Arbeitsgruppe Hafen erinnerte daran, dass im letzten Jahr 4 Mio Tonnen Waren auf der Straße transportiert wurden, auf der Schiene 2 Mio. 12 Mio auf der Straße könne er sich nicht vorstellen. Er wollte nun wissen, was Ole zu dem Vorschlag der Veredelung von Gütern auf Reserveflächen im Hafen meinte. Dieser Vorschlag würde die Transportmengen reduzieren und Arbeitsplätze in Hamburg schaffen.

Ein Genosse beklagte, dass immer mehr LKWs den Weg durch die Stadt nehmen, nicht außen herum, weil es die Umgehungen nicht gäbe. Ole erläuterte dazu, es gebe verschiedene Projekte; einen Autobahnring um Hamburg herum würden wir aber wohl nicht bekommen. In der Diskussion sei ein 8-spuriger Ausbau der A7, die 4. Elbtunnelröhre. Schleswig-Holstein wolle die A 20, aus Hamburger Sicht wünsche man die Elbquerung, aber es wäre nicht möglich, eine Elbquerung in der Nähe Hamburgs zu bekommen, statt in Glückstadt. Die A 21 Perspektive scheine sinnvoller zu sein, als die Querung bei Glückstadt. Ole wies schließlich auf eine so genannte Ahrensburger Liste hin, auf die sich die Nordländer geeinigt haben. Allerdings habe diese Liste keine wirkliche Priorisierung.

## Löst Wachstum unsere Finanzprobleme?

**Als Referent im September kam Martin Schäfer, Mitglied der Bürgerschaft. Schon deshalb konzentrierten sich seine Ausführungen im Wesentlichen auf die finanzielle Lage Hamburgs und daraus folgende Maßnahmen für die Stadt.**

Eine Grafik als Einstieg in die Veranstaltung veranschaulichte am besten die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Stadt. Um die Schuldenbremse einhalten zu können, so Martin Schäfer, müsse die Stadt, so simple sei das, kräftig sparen. Allerdings gebe es dabei etliche Schranken. So sei eine Kürzung in Bereichen, die durch gesetzliche Vorgaben geregelt sind, nicht möglich. Möglich – wenn auch schmerzhaft für die Betroffenen – seien Kürzungen beim Personal die Absenkung von zur Zeit gültigen Standards.

Eine Erhöhung der Einnahmen ist in Hamburg nur begrenzt möglich. Diskutiert und begleitet von einem Aufschrei der Hotelbetriebe würde z.B. die Einführung einer Kurtaxe. Diskutiert würde auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die Veränderung der Freibeträge und Sätze bei der Erbschaftssteuer. Hier Veränderungen

vorzunehmen, hätte aber Veränderungen in Berlin zur Voraussetzung. Da das Geldvermögen so groß sei wie nie zuvor (ca. 6 Billionen Euro), sei es zwingend erforderlich meinte der Referent, dass die starken Schultern nun deutlich mehr tragen müssten als die schwachen. Hamburgs Einnahmesituation sei zur Zeit aufgrund der guten Konjunktur positiv, wenn es so bliebe, wäre dies durchaus die Möglichkeit, Rücklagen für die kommenden noch schwierigeren Zeiten zu bilden. Insgesamt müsse eine Ausgabendisziplin eingehalten werden, um die im Wahlkampf versprochene Konsolidierung der Finanzen durchführen zu können.

Der Kern der von 60plus gesetzten Thematik: Löst Wachstum unsere Finanzprobleme, wurde leider nur kurz gestreift und musste auf eine unserer Folgeveranstaltungen verlagert werden.

Im September führte der Ausflug nach Wismar. Der dortige Seniorenbeirat hatte zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Ort des Geschehens: ein mittelalterlicher Schooner (nachgebaut), danach Stadtführung und gemütliches Beisammensein. Statt eines länglichen Berichts über die Ausfahrt dokumentieren wir sie hier mit einer kleinen Bildergalerie.



## 60plus Wandsbek besucht Wismar

**In gewissen Abständen zieht es die Arbeitsgemeinschaft nach draußen. Mal wird ein Industriebetrieb besucht, mal eine soziale Einrichtung, mal fährt man auch eine Strecke mit dem Bus, um sich mit Genossinnen und Genossen anderswo auszutauschen.**



## Sigmar Gabriels Rentenvorschlag

**Klaus Wicher vom SoVD war im Oktober bereits das 2. Mal bei 60plus. Ein Zeichen, welchen Stellenwert unsere Arbeitsgemeinschaft sozialen Themen beimisst.**

Man müsse sich unter dem Gesichtspunkt der drohenden Altersarmut, meinte Klaus Wicher, die Vorschläge der Bundesministerin von der Leyen und des Genossen Sigmar Gabriel anschauen. Kern sei das Ziel, eine weitere Absenkung des Rentenniveaus zu verhindern. 2030 werde – wenn nichts korrigiert werde – das Rentenniveau auf 42 Prozent absinken. Die Hälfte der Rentner werde dann mit ihren Einkünften unter dem Sozialhilfeniveau liegen. Auch bei den Bestandsrentnern erfolge eine Absenkung des Rentenniveaus. Bis 2001 war das Niveau gekoppelt an die Entwicklung der Bruttolöhne. In der Rentenformel sind verschiedene Faktoren eingeführt (Nachhaltigkeitsfaktor, Riesterfaktor, Rückholfaktor). Angesichts der Preisentwicklung besonders bei Mieten und Energie stehe den Rentnern laufend ein geringeres Einkommen zur Verfügung. Der Kaufkraftverlust liegt bei etwa 10 Prozent pro anno. Bei den Erwerbsminderungsrenten – wenn der Arbeitnehmer vor dem 65. Lebensjahr in Rente geht – werden Abzüge vorgenommen, die bei 10 Prozent liegen. Die ausgezahlten Renten liegen bei Männern bei unter 1000 Euro. Die SPD schlage vor, die Abschläge abzuschaffen. Rentenmindernd wirke natürlich auch die Herausschiebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Erwerbslose erhielten keine Ausgleichszahlung in die Rentenkasse. Die Rente nach Mindesteinkommen bedeute, dass die Rentenbeiträge nicht nach dem Einkommen, sondern nach einem fiktiven festgelegten Betrag berechnet werden. Die Rente nach Mindesteinkommen wurde 1992 abgeschafft. § 262 SGB VI müsste wieder eingeführt werden, damit

dieser – mit der Abschaffung verbundene – Nachteil aufgehoben wird. Kern der Rentenentwicklung sei die Absenkung bis auf 42 Prozent. Davon werden 4 Mio. Bürgerinnen und Bürger betroffen sein (Menschen in Grundsicherung. Was also wäre zu tun?

1. Die genannten Faktoren müssen aus der Rentenformel herausgenommen werden. Die SPD wolle ja auch die Betriebsrente „aufblähen“. Das bedeute aber, dass der eingeschlagene Weg der Schwächung der GRV weitergegangen werde. Das Festhalten an der privaten Vorsorge sei der entscheidende Webfehler des Gabriel-Vorschlags.

2. Zum Vorschlag, nach 45 Jahren in Rente zu gehen: Der Vorschlag sei eher attraktiv für Gewerkschaftsmitglieder, die längere Zeiten beim gleichen Arbeitgeber gearbeitet haben. Die Gruppe der sog. Eckrentner werde kleiner.

Die Position des SoVD laute: 1. Arbeitsmarktreformen, Mindestlohn; Rente nach Mindesteinkommen, Leiharbeit, **Arbeitslosengeld II aufstocken (50 Prozent eines mittleren Lohnes), Solo-Selbstständige, Leistungsverbesserung in der Grundsicherung. Der Hebel in der Diskussion sei die Frage der weiteren Absenkung** des Beitragssatzes. Die Diskussion der Sitzung nach dem Referat orientierte sich an dem vorgelegten Antrag zur Rente.

Siehe Kasten rechts

1. Die Umlage finanzierte gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule einer armutsfesten Alterssicherung.
2. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen ausdehnen....
3. Darüber hinaus sollen alle Erwerbstätigen die Möglichkeit erhalten, ihre Anwartschaften durch höhere Beiträge aufzustocken (Überobligatorium).
4. Die Bemessungsgrenzen sind deutlich über das bisherige Maß anzuheben.
5. Beiträge in die Rentenversicherung sind wie in der Vergangenheit je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu entrichten.
6. Die Subventionierung der Altersvorsorge durch den Bund ist umzuschichten. Statt die private Altersvorsorge der gut oder besser Verdienenden mitzufinanzieren, sollten die Mittel für die Aufstockung der Renten von Geringverdienern oder bei gebrochenen Erwerbsbiographien eingesetzt werden. Die staatliche Zuschussung von Riester- und Rürup-Verträgen soll auslaufen.
7. Die Rentenhöhe von derzeit etwa 53% des Arbeitseinkommens (Bruttolohn nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge) soll nicht weiter abgesenkt werden.
8. Die Rentenanpassung soll wieder der Bruttolohnentwicklung angepasst werden.
9. Der so genannte Riester-Faktor in der Rentenformel ist zu streichen.
10. Die Rente nach Mindesteinkommen soll verlängert werden.
11. Im Niedriglohnsektor sind wie in im Bereich der mittleren Einkommen entsprechende Sozialabgaben zu entrichten.
12. Die Beiträge zur Rentenversicherung der Träger für Arbeitssuchende (ALG II) sind anzuheben.
13. Opting-out-Regelungen, nach denen der Arbeitnehmer einer Mitgliedschaft in der BAV ausdrücklich widersprechen muss, werden abgelehnt.
14. Das Renteneintrittsalter wird auf 65 festgelegt. Der vorzeitige Renteneintritt soll ohne Abzug ermöglicht werden, wenn 45 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung erreicht wurden. ...

## Obdachlosigkeit in Hamburg: Was tun wir dagegen?

**Der Referent unserer September-Veranstaltung, Stephan Karrenbauer von Hinz und Kunzt, erläuterte den engen Zusammenhang zwischen der allgemeinen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. 2009, berichtete er wurden noch 1027 Personen gezählt, die im Winter auf der Straße geschlafen haben. In diesem Jahr ginge man von 1500 Obdachlosen in Hamburg aus.**

Kirchengemeinden kümmerten sich um die Vergabe einer begrenzten Zahl von Plätzen in bereitgestellten Containern. Dort hätten die Obdachlosen einen eigenen Raum. Die wenigen Plätze seien in



Stephan Karrenbauer

diesem Jahr allerdings bereits am ersten Tag der Vergabe vergeben gewesen. In der Spaldingstraße wurden den Betroffenen 160 Plätze in einem leer stehenden Bürogebäude zugewiesen. Dort schlafen 6 Obdachlose in einem Zimmer. In der Regel werden die Obdachlosen zwei Stunden warten müssen, bis sie in ihr Zimmer können. Unter den Obdachlosen seien auch viele Polen, Rumänen und Bulgaren. Es seien, so Herr Karrenbauer, die trostlosen Verhältnisse in den Ländern, die viele Menschen veranlassen zu uns zu kommen, in der Hoffnung, hier etwas Geld zu verdienen. Viele arbeiteten für 2 Euro die Stunde. Es gebe Vermieter, die Betten für 5 Euro täglich bereitstellten. In St. Pauli schliefen viele Bedürftige in Autos oder Zelten. Der größte Teil dieser Leute sei nicht einzeln gekommen, sondern in Gruppen aus ihren Dorfgemeinschaften. Die Schicksale seien grausam. Viele Erwachsene hätten ihre Kinder

zu Hause zurückgelassen. Ältere Kinder übernähmen dann die Aufgabe der Eltern. Die Zahl der Betroffenen werde immer größer. Die Menschen abzuweisen ginge nicht, denn wir hätten uns entschieden, so Herr Karrenbauer, die Länder in die EU aufzunehmen und da gelte Freizügigkeit. Häufig höre man über Streitigkeiten und Schlägereien unter den Betroffenen. Dies läge nicht an den Einzelnen, sondern an der Situation, in der zu viele Menschen auf zu engem Raum unter schwierigsten Bedingungen zusammenträfen.

Nach der Wende hätte in vielen Ost-Ländern „der nackte Kapitalismus“ geherrscht. Inzwischen gebe es jetzt erste Versuche der Unterbringung in sozialen Einrichtungen. Parallel liefen Versuche, Menschen wieder zurückzuführen. In begrenztem Umfang wurde dies in Zusammenarbeit mit polnischen Stellen erfolgreich durchgeführt. Natürlich sei dies ein Problem bundesweit, dessen sich der Städtetag annehmen müsse. Der Referent beklagte, dass man in Hamburg Zelte anbiete für 37 Menschen auf 50 Quadratmetern.

Eine Genossin fragte, ob nicht die EU eine aktive Rolle einnehmen könnte und mit entsprechenden Finanzmitteln die Rückführung der Obdachlosen bewirken. Gefragt wurde auch, von wem die hier lebenden Rumänen Geld bekommen? Viele nähmen, so Herr Karrenbroock, Kredite auf, um nach Deutschland zu kommen. Dann versuchten sie über kleinere Jobs wie Autowäsche etc. die Kredite abzubauen. Viele gingen auf dem Strich.

Eine Genossin wies darauf hin, dass die Situation in Hamburg noch besonders günstig sei. Betroffene hätten hier die Möglichkeit 5 mal pro Tag eine warme Mahlzeit zu bekommen und zu duschen. Herr Karrenbauer mochte diese Sicht nicht gelten lassen und korrigierte: Der Andrang sei so groß, dass es regelmäßig zu Reibereien in allen Einrichtung käme. Im Pik As schliefen 12 Erwachsene in einem Zimmer.

Positiv sei allerdings die Hamburger Tafel hervorzuheben. Man könne insgesamt über die Runden kommen, in dem man die Angebote nutze. Das Überleben sei hier gesichert, mehr aber auch nicht. Senator Scheeles Strategie laute: Abschreckung einerseits und andererseits praktisch helfen. Die Genossen bei 60plus schlugen vor, das Thema der Obdachlosigkeit weiter zu verfolgen; dazu könne der Sozialsenator und/oder Persönlichkeiten aus dem politischen Raum eingeladen werden, um auch nach politischen Lösungen auf europäischer Ebene zu fragen.





## **Vorstandssitzung zum Jahresausklang mit Kerzen Einzigster Tagesordnungspunkt: Rückschau auf 2012 und Arbeitsplanung für das Jahr 2013**



So wie auf den Bildern links sah es auch in diesem Jahr wieder bei den Senioren von 60plus in Wandsbek aus. Das für 2013 beschlossene Arbeitsprogramm muss sich angesichts des anstehenden Bundestagswahlkampfes natürlich sehr von dem des letzten Jahres unterscheiden. Es wird darum gehen, unseren zur Zeit noch nicht so ganz populären Kanzlerkandidaten insbesondere dadurch zu unterstützen, dass wir die wichtigen Inhalte unserer Programmatik für uns, je näher der Wahltermin rückt, so aufzuarbeiten, dass wir selbst kompetent und selbstbewusst damit in die Öffentlichkeit gehen können. Deshalb hat sich der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 60plus in Wandsbek auf folgendes Arbeitsprogramm geeinigt:

Sobald das Bundestagswahlprogramm vorliegt, werden wir es intensiv durchdeklinieren!

- 8.01.13 Konflikttherde im Nahen Osten
- 5.02.13 Griechenland und die EU
- 5.03.13 Friedenspolitik und Bundeswehreinsätze
- 2.04.13 Neue Medien als politische Instrumente
- 7.05.13 Regelungen für den Kapitalmarkt
- 4.06.13 Vermögenssteuer/Reichensteuer/Erbschaftssteuer
- 2.07.13 Energiewende/Rückkauf der Netze/Volksentscheid
- 6.08.13. Mindestlohn/Verteilungsgerechtigkeit
- 3.09.13 Multikulti/Rassismus/Integration
- 1.10.13 Bundestagswahlanalyse
- 5.11.13 Zum bedingungslosen Grundeinkommen
- 3.12.13. Jahresrückschau und Planung 2014